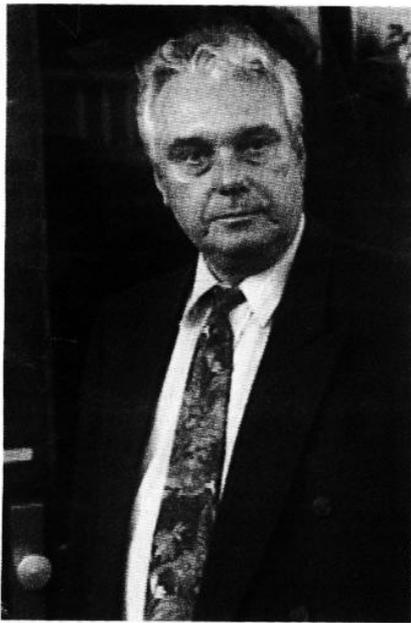


DEUTSCHLAND



Stasi-Informant Seidel
„Mehrfach Geschenke“

erfreut nach Ost-Berlin, „hat Conrad die DDR-Seite gegen Verleumdungen verteidigt.“

Auch nachdem 1988 der Sozialdemokrat Björn Engholm in Kiel die Macht übernommen hatte, blieb Conrad ein verlässlicher Partner der Ostdeutschen. In einem persönlichen Brief an Intrac-Manager Seidel („Wünsche ich Ihnen mehr Zeit für die schönen Dinge außerhalb des Berufsalltags“) kündigte er an, er wolle bei der Beurteilung von Schönberg „nach wie vor Sachargumente in den Vordergrund“ stellen.

Der Umweltbeamte Conrad, inzwischen CDU-Generalsekretär in Schleswig-Holstein, blieb dem Müllmakler Hilmer auch weiterhin verbunden. Bei einem Geschäftsbesuch des Intrac-Vertreters Seidel im Juni 1988 in Hamburg, der in dem Tanzlokal „Frappant“ endete, erzählte Hilmer laut Stasi-Notizen über seine „enge Lierung“ zu dem Christdemokraten.

Conrad, der neben seinem Regierungsamt auch noch den Geschäftsführerposten der neugegründeten landeseigenen „Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Altlasten“ versieht, hält die Seidel-Berichte für „aufgeschäumt“. Das Kieler Parlament habe sich, so Conrad, schon vor Jahren mit den jetzt bekanntgewordenen Bestechungsvorwürfen beschäftigt. Tatsächlich aber wurden damals, in einem von der SPD beantragten Untersuchungsausschuß, lediglich Sicherheitsprobleme der Deponie Schönberg erörtert (siehe Kasten Seite 54).

Auch an anderen Fronten versuchte Müllmakler Hilmer, so behauptet jedenfalls IM „Siegfried“, seine Geschäfte durch finanzielle Zuwendungen zu sichern. Bereits 1980 habe Hilmer, heißt

1989, zwei Wochen nach der Grenzöffnung: „Ebenfalls dem IM ‚Siegfried‘ hat H. mehrfach Geschenke und finanzielle Zuwendungen angeboten.“

Aber Hilmer half offenkundig nicht nur mit Barem. Er zögerte nicht, so geht jedenfalls aus den Stasi-Akten hervor, eine interne Einschätzung des Bundesumweltministeriums zur Deponie Schönberg in den Osten weiterzureichen. Bei einer Bootsfahrt in Potsdam soll er Seidel im Oktober 1988 das Papier „verdeckt, zusammen mit zwei anderen unbedeutenden Prospekten“ übergeben haben.

FDP-Mitglied Hilmer, der 1989 in einen internen Beraterkreis des damaligen Wirtschaftsministers Helmut Haussmann (FDP) berufen wurde, nutzte seine Bonner Kontakte. So erfuhr er von einem hohen Beamten im Bundeswirtschaftsministerium über geplante Operationen des Bundesnachrichtendienstes (BND). Danach sollten in SED-Parteifirmen „in nächster Zeit zwei BND-Leute eingebaut werden“, wie er dem IM „Siegfried“ 1989 in Leipzig steckte.

In den MfS-Akten findet sich auch die Abschrift eines vertraulichen Briefes aus der Kieler Staatskanzlei. Darin hatte der damalige Ministerpräsident Barschel den Sozialdemokraten Björn Engholm über Probleme mit der Schönberg-Kippe informiert. Die einzige Kopie dieses Schreibens hatte Barschel nach eigenen Angaben an seinen Landwirtschaftsminister geschickt, den Conrad-Dienstherrn Günter Flessner.

Sowohl im umweltpolitischen Ausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages als auch in einem industrienahe „Initiativkreis Ruhrgebiet“ engagierte sich Hilmer zur Freude seiner DDR-Geschäftspartner. Seidel-Vermerk: „H. ist dem persönlichen Rat seines Hauptgesprächspartners bei der Intrac gefolgt, sich parteipolitisch zu binden und sich politisch zu betätigen.“

Die ost-westliche Seilschaft überlebte selbst die Wende. Intrac-Manager Seidel betreute, bis zu seiner vorläufigen Beurlaubung vorige Woche, als Geschäftsführer der Berliner Müllfirma Awus, einer 100prozentigen Tochter der ehemaligen Schalek-Firma Intrac, die europäischen Mülltransporte aus den Niederlanden, der Schweiz oder Italien nach Schönberg.

In der neugegründeten Deponie-Management-Gesellschaft (DMG), zuständig für den Betrieb der Kippe, traf IM „Siegfried“ auf alte Bekannte. Zu jeweils 50 Prozent sind Hilmer und der Düsseldorfer Konzern Veba zukünftige Partner an Schönberg.

Damit nichts schiefeht, hat Hilmer vorgedacht. Mit der Vertretung seiner Firmengruppe (Jahresumsatz: 78 Millionen Mark) gegenüber dem Berliner Bundeskartellamt, das ein neues Monopol im Müllgeschäft fürchtet, wurde die Kieler Anwaltskanzlei des FDP-Landesvorsitzenden Wolfgang Kubicki beauftragt.